



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit

Sitzungsort: Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG		Sitzung-Nr.: FWA/04/2021
Sitzungsdatum: Montag, 21.06.2021	Sitzungsbeginn: 14:04 Uhr	Sitzungsende: 16:04 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf	
Ausschussmitglieder	
Frau Stadträtin Veronika Peters	Vertretung für Stadtrat Jörg Schlagbauer
Herr Stadtrat Johann Achhammer	Vertretung für Stadtrat Hans Süßbauer
Herr Stadtrat Alfred Grob	
Herr Stadtrat Christian De Lapuente	
Herr Stadtrat Christian Höbusch	
Herr Stadtrat Hans Stachel	
Herr Stadtrat Lukas Rehm	
Herr Stadtrat Christian Lange	
Herr Stadtrat Raimund Köstler	
Herr Stadtrat Jakob Schäuble	

Entschuldigt
Herr Stadtrat Jörg Schlagbauer
Herr Stadtrat Dr. Christoph Spaeth
Herr Stadtrat Hans Süßbauer
Herr Stadtrat Albert Wittmann

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	3
1 . Museum für Konkrete Kunst und Design - 3. ergänzende Projektgenehmigung (Referent: Herr Hoffmann) Vorlage: V0456/21	3

Oberbürgermeister Dr. Scharpf eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit ordnungsgemäß geladen wurde und 10 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig.

Danach gibt der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung

Beratend

- 1 . **Museum für Konkrete Kunst und Design**
- 3. ergänzende Projektgenehmigung
(Referent: Herr Hoffmann)
Vorlage: V0456/21

Antrag:

1. Für das Bauvorhaben Museum für Konkrete Kunst und Design wird eine 3. Ergänzende Projektgenehmigung erteilt.
2. Die bisher genehmigten Kosten in Höhe von 32,3 Mio. € werden um zusätzliche Kosten in Höhe von 14,6 Mio. € ergänzt und genehmigt. Die Gesamtkosten betragen damit 46,9 Mio. €.
3. Die benötigten Mittel in Höhe von 14,6 Mio. € werden in der nächsten Finanzplanung auf der Haushaltsstelle 321300.940010 Museum für Konkrete Kunst eingeplant.

Informativ:

Die Museumsbuche ist abgestorben und muss auf Grund mangelnder Standsicherheit kurzfristig gefällt werden.

Herr Hoffmann gibt anhand einer PowerPoint-Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, einen Überblick über die 3. Ergänzende Projektgenehmigung für das Bauvorhaben Museum für Konkrete Kunst und Design. Bei der Darstellung des Baukostenindex habe man als Bezugsjahr das Jahr 2015 mit 100 Prozent genommen, fügt Herr Hoffmann vorweg hinzu.

Herr Rieger, Projektsteuerer vom Büro Meixner + Partner GmbH erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, die wesentlichen Eckpunkte.

Herr Hoffmann ergänzt, dass die Museumsbuche am Mittwoch, 23. Juni 2021 gefällt werden soll, da die Standsicherheit nicht mehr gewährleistet sei. Um einer Gefahr im Verzug entgegenzuwirken, müsse man jetzt handeln. Hierfür bedürfe es einer speziellen Anordnung durch den Oberbürgermeister Dr. Christian Scharpf, Frau Bürgermeisterin Kleine und das Umweltamt. Vor der Baumfällung werde es noch eine Pressemitteilung geben, informiert Herr Hoffmann.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf beschreibt die aktuelle Situation als Super-GAU eines jeden Bauherren. Die genannten Kostensteigerungen bei einer Bauzeitverlängerung von insgesamt sieben Jahren kämen in der jetzigen Haushaltssituation zu absoluter

Unzeit, ärgert er sich. Man hätte wissen können, was einem blühe, wenn man in die Bodentiefe gehe. Trotzdem helfe es nicht, über vergossene Milch zu klagen. Ihn erinnere die Angelegenheit an die Desaster vom Bau des Berliner BER oder auch der Elphilharmonie in Hamburg, was die Kostenexplosion und die Bauzeitenverlängerung anbelangen. Beide Bauvorhaben seien jedoch zu Ende geführt worden, obwohl die Gremien in Berlin und Hamburg wahrscheinlich vor ähnlich unerfreulichen Sitzungen standen, vermutet er. Unter Abwägung der verschiedenen Varianten in Zusammenhang mit den Kosten, die in der Beschlussvorlage genannt werden, schließt Oberbürgermeister Dr. Scharpf einen Projektausstieg sowie den Bau eines anderweitigen brauchbaren Zustandes aus. Er plädiert für eine Fertigstellung des MKKD's. Es sei eine Wahl zwischen Pest und Cholera, zitiert er Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Inzwischen habe man keine andere Wahl. Oberbürgermeister Dr. Scharpf möchte nicht näher auf die Kulturpolitik eingehen, da es heute um Finanzen gehe. Die Mehrkosten seien nicht im Haushalt eingestellt. Bislang zahle man aus Rücklagen, informiert er.

Herr Fleckinger informiert, dass es sich bei den 14,6 Mio. Euro um reine Mehrkosten handle, die nicht in der Finanzplanung enthalten seien. Nach einem heutigen Gespräch mit Baureferenten Herrn Hoffmann, wolle man den Mitgliedern des Ausschusses noch eine Zukunftsliste über die Budgetanmeldungen und Investitionen zukommen lassen. Anfang Juli 2021 sei man in der Lage, sich ein erstes Bild darüber zu machen. Das Museum für Konkrete Kunst sei nicht das einzige Projekt, was mit Mehrkosten in ähnlicher Größenordnung zu versehen sei, bestätigt Herr Fleckinger. Die Gesamtsituation sei ohne Neuverschuldung und Kreditaufnahme nicht mehr leistbar. Ohne die scharfen Zahlen im Juli zu kennen, sei man bereits jetzt schon Mitte des Jahres 2023 bei einer Kreditaufnahme. Diese befasse sich nur mit den allerdringendsten Maßnahmen im Bereich Schulbau und Kitas, verdeutlicht er. Man werde mit Sicherheit einen hohen zweistelligen, wenn nicht sogar dreistelligen Millionenbetrag in die Finanzplanung mitaufnehmen müssen. Dies seien die ersten Grunddaten, die ebenfalls im Konsolidierungsrat vorgebracht würden, so Herr Fleckinger.

Stadtrat Höbusch teilt die Meinung von Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Unter den verschiedenen Handlungsalternativen, die aufgezeigt werden, sei letztendlich der Weiterbau alternativlos. Deswegen gehen seine Fragen eher in Richtung Schadensbegrenzung und Schadensminimierung. Diese gliedere er in drei Komplexe. Zum einen solle man genauer prüfen, ob der Gutachter seinen Hinweis- und

Überwachungspflichten während der Bauzeit nachgekommen sei und zum anderen welche Sondierungen und Probebohrungen vorgenommen wurden. Er fragt sich, weshalb man bei der Vielzahl von Bodenproben diese Bodenverhältnisse nicht habe feststellen können. Im Hinblick auf mögliche Regressansprüche sollte hier nochmal gründlicher geprüft werden, fordert er. Weiter möchte Stadtrat Höbusch von Herrn Rieger wissen, ob das Büro Meixner + Partner GmbH die 516.000 Euro und 1,2 Mio Euro aus fehlerhafter Kostennachführung bereits der eigenen Betriebshaftpflichtversicherung gemeldet habe. Seines Erachtens müsse man diese Position im Netto-Betrag herausrechnen. Als dritten Punkt bezieht sich Stadtrat Höbusch auf die weiteren 900.000 Euro in der Kostenaufstellung, die aus der noch nicht erfolgten Weiterverrechnung der Kosten für die Altlasten des Bodens an den Eigentümer erst noch zu verrechnen seien. Hierzu möchte er eine Aussage, ob diese Kosten tatsächlich anfallen oder ob eine Weiterverrechnung möglich sei. Falls ja, müsse man diese seiner Meinung nach aus dem Kostenansatz herausnehmen. Nach seiner überschlägigen Berechnung könne man unter Umständen 2,7 bis 3 Mio. Euro netto abziehen.

Auf die Nachfrage von Stadtrat Höbusch antwortet Herr Rieger, dass die Abstimmungen mit dem ehemaligen Eigentümer gerade laufen. Er könne heute noch keine Vertragssumme nennen, da hierzu der zweite Vertragspartner benötigt werde. Auf die erste Frage von Stadtrat Höbusch verweist Herr Rieger auf die in der Beschlussvorlage enthaltene Übersicht. Raumsondierungen, Schürfungen, Bohrungen und Lastplattendruckversuche seien in ausreichendem Maße gemacht worden. Bezüglich der Gründungsthemen habe man 2019 einen Gutachter eingeschaltet, der entsprechende Hinweise auf mögliche Komplikationen gemacht habe, aber keinen Verweis gegeben hätte, was diese genau zur Folge haben könnten. In dem Gutachten sei die Möglichkeit der Flachgründung der Bodenplatte grundsätzlich bestätigt gewesen, aber auch die mögliche Notwendigkeit von zusätzlichen Gründungsmaßnahmen, wie z. B. einer "lastverteilfähigen-Aufschotterung" oder von Betonfundament-Lamellen" angesprochen gewesen, erläutert Herr Rieger. Zwei weitere unabhängige Gutachten haben in der Folge die erste Baugrunduntersuchung gestützt. Nach Worten von Herrn Rieger habe man die Haftpflicht bezüglich des Fehlers seines Büros noch nicht informiert. Er entschuldigt sich dafür, dass der Kostenblock zu Beginn und in der 2. Ergänzenden Projektgenehmigung nicht richtig gemacht worden sei, stellt aber auch dar, dass es sich bei den nachgeführten Kosten um "Sowieso-Kosten" handelt.

Herr Hoffmann ergänzt in Bezug auf die erste Frage, dass der Bodengutachter zu Beginn ein Subunternehmer des Generalplaners gewesen sei und man sich durchaus um ein Vieraugenprinzip bemüht habe. Zusätzlich habe man in der Folge einen eigenen Baugrundgutachter hinzugezogen, der auch alle übrigen Baugrundstücke im Umkreis betreut habe. Ein Ingenieurbüro für Geotechnik, das sich in dem Bereich relativ gut auskenne, informiert er. Nach Worten von Herrn Hoffmann seien beide unabhängigen Gutachter zum gleichen Ergebnis gekommen.

Im Vorfeld der Projektgenehmigung und der Gründung, habe man das bereits erwähnte Ingenieurbüro hinzugezogen, berichtet Herr Rieger. Zu Beginn der Planung sei durchaus eine ganz andere Gründungsmethode geplant worden. Auch das weiterhin eingeschaltete Ingenieurbüro, was eben in Ingolstadt bekannt sei, habe kein Zeichen gegeben, dass die geplante Flachgründung nicht funktioniere.

Stadtrat Schäuble trägt vor, dass das Thema Haftung seiner Stadtratsfraktion besonders wichtig sei. Weiter bemängelt er, dass die verschiedenen Varianten in der Beschlussvorlage nicht im Beschlussantrag genannt werden. Wenn man sich für Variante 1 entscheide, wofür er plädiere, sollte diese Variante auch deutlich im Beschlussantrag stehen. Stadtrat Schäuble stellt fest, dass die dargestellten Best-Worst-Case-Szenarien nur Bauzeiten betreffen. Andere Baurisiken aus der Tabelle, die als niedrig eingestuft werden, seien dort nicht abgebildet. Zum einen sehe er hier fatale Probleme was die Finanzen betreffe, zum anderen den Vertrauensverlust der Bürger in die Beschlussvorlage des Stadtrates. Deshalb bittet er um Auskunft, in wie weit dieses Szenario gänzlich die Kosten abbilde, nicht nur in Bezug auf die Bauzeit.

Die Kosten seien in Gänze dahingehend abgebildet, dass mit den entsprechenden Firmen die Verhandlungsgespräche für den Best-Worst-Case geführt wurden, antwortet Herr Rieger. Anhand von Beispielen erläutert er, welche Risiken auch nicht im Worst-Case-Szenario enthalten seien, da sie als zu niedrig eingestuft würden. Eine Garantie für den Eintritt des einen oder anderen Szenarios gebe es allerdings nicht. Herr Rieger bittet hierfür um Verständnis.

Risiken, mit deren Eintritt aus Fachsicht absolut nicht zu rechnen sei, habe man zwar untersucht, aber in der Projektgenehmigung außen vorgelassen, erläutert Herr Hoffmann. Man habe aber versucht alle Risiken in die Projektgenehmigung mitaufzunehmen, welche man für einigermaßen wahrscheinlich und absehbar halte.

Irgendwo gebe es dann aber Grenzen und gewisse Dinge könne man nicht vorhersehen. Nach Worten von Herrn Hoffmann bräuchte man hierfür eine Glaskugel.

Stadtrat Köstler glaubt, dass die angegebene halbe Mio. Euro bezüglich der Risiken nicht ausreiche, in Anbetracht der Risiken die man in der Vergangenheit gehabt habe. Er habe ein schlechtes Gefühl dabei. Trete ein Risiko, welches in der Wahrscheinlichkeitsrechnung nicht berücksichtigt werde ein, dann stimme die ganze Berechnung nicht mehr.

Herr Hoffmann zeigt sich optimistisch, da sich seiner Meinung nach alle Risiken im Gründungsteil befunden haben. Verzögerungen und Schwierigkeiten seien vom Gründungsteil ausgelöst worden. Diese Unsicherheiten seien nun sehr genau untersucht worden, bekräftigt er. Insofern habe man sich getraut zu sagen, dass wenn man durch diesen Teil weitestgehend durch sei, man danach nur noch ein ganz "normales" Museum baue, so Herr Hoffmann.

Um die Bauzeit der Rohbauarbeiten und des Spezialtiefbaus möglichst wirtschaftlich zu halten, beinhalte Variante 1 den Vorschlag, denselben Auftraggeber für Roh- und Spezialtiefbau zu nehmen, so Herr Rieger. Zum einen habe man dann ein Gewährleistungsthema weniger und zum anderen könne sich die Firma Gedanken machen, die Baustelle überlappend abzuwickeln. Insofern würde man auf der Westseite mit den Rohbauarbeiten beginnen können und auf der Ostseite unter Umständen noch die letzten Pfähle bohren. Dies sei in der Beschlussvorlage als Best-Case-Szenario abgebildet.

Herr Höbusch berichtet, dass er sich zusammen mit einem Architekten die Beschlussvorlage angesehen habe und durchaus von der Handwerklichkeit der Beschlussvorlage überzeugt sei. Selten habe er in seiner Zeit als Stadratsmitglied eine so ausführliche Vorlage gesehen. Er betont, dass man dem ganzen Team auch Vertrauen schenken müsse, da man nicht alle Verträge und Rechnungen selbst einsehen könne. Gewisse Restrisiken werde es immer geben. Er denkt, dass die vorgelegte Beschlussvorlage durchaus eine valide Risikobeurteilung sei.

Stadtrat Grob zeigt sich verärgert über die gesamte Situation. Auch für ihn komme nur Variante 1 als Alternative in Frage. Seitens der Bürger sei es ein schwerer Schlag, was die Glaubwürdigkeit insgesamt in die Bauplanung und Bauführung betreffe. Aber auch für die Politikerinnen und Politiker. Deswegen möchte die CSU-Stadtratsfraktion

wahrscheinlich auch die Haftungsfrage prüfen lassen. Er glaubt, im Sinne der Stadt sei man verpflichtet diese Prüfungen vornehmen zu lassen. Auch ob versicherungsseitig ein kleiner "Nachschlag" zu bekommen sei. Weiter legt er Wert darauf, das Projekt so schnell wie möglich fertigzustellen und nochmal eine Prognose zu erstellen, was zeitlich tatsächlich auf die Stadt zukomme. Er wolle in einem halben Jahr nicht wieder im gleichen Gremium zusammensitzen und die nächste Kostensteigerung beschließen. Das habe man übrigens schon bei den 32,5 Mio Euro vor zwei Jahren gesagt, erinnert Stadtrat Grob.

Es sei erschreckend, aber nicht wirklich überraschend, stellt Stadtrat De Lapuente fest. Lese man Protokolle der Sitzungen zu Zeiten, als man das Wiener Modell diskutiert habe, dann finde man Sätze von Stadtrat Dr. Schuhmann die prophezeien: "Wenn man in die Tiefe geht, dann kommen Überraschungen". Diese seien auch eingetroffen, so Stadtrat De Lapuente. Trotzdem hält er das Projekt für ein positives Objekt. Das Museum für Konkrete Kunst und Design habe einen Mehrwert für die Stadt. In seinen Augen entstehe dort ein einzigartiges Areal mit dem Congress-Hotel. Natürlich ärgere auch er sich enorm über diese Mehrkostensteigerung. Aber das Projekt jetzt auf Eis zulegen, 30. Mio Euro in den Sand zu setzen und gar nichts zu haben, sei sicherlich keine Variante, welche die SPD-Stadtratsfraktion befürworte. Er plädiert für eine Fertigstellung des Projektes, damit die Stadt, der Tourismus und alles was dazu gehöre davon profitiere.

Stadtrat Achhammer fühlt sich durch Stadtrat De Lapuente genötigt, ebenfalls etwas zur Historie der Entwicklung zu sagen. Oft werde dem Stadtrat vorgeworfen, man habe die Statik nicht berücksichtigt. Seiner Meinung nach war man immer relativ gut beraten von Seiten der Stadtverwaltung. Man sei immer in Begleitung von hochgeschätzten Referenten sowie vielen Bauingenieuren und Architekten gewesen. Die CSU-Stadtratsfraktion habe keine Entscheidung getroffen, welche man nicht hinterfragt habe. Seiner Meinung nach habe keiner erwarten können, dass sich das Projekt bis zu fast 50 Mio. Euro weiterentwickle. Er weiß, dass der "Hamburger Entwurf" auch gewisse Reize hatte, für den sich Stadtrat Dr. Schuhmann eingesetzt habe. Alles, was einem dazu gesagt worden sei, habe jedoch gegen eine Überbauung gesprochen, betont Stadtrat Achhammer. Das Landesamt für Denkmalpflege habe davon abgeraten und nur für den nun umgesetzten Entwurf eine Förderung in Aussicht gestellt. Stadtrat Achhammer gibt einen Überblick über weitere Gründe, weshalb man sich damals letztendlich gegen eine Überbauung der Gießereihalle entschieden habe. In dem VOF-Verfahren von 2012 habe sich als eindeutiger

Preisträger "Querkraft" durchgesetzt, welcher dann im Stadtrat 2014 beschlossen worden war. Stadtrat Achhammer zitiert hierzu Stadtrat Dr. Schuhmann aus einem Protokollauszug, wonach auch dieser schließlich der Projektgenehmigung zugestimmt habe. Im Stadtrat habe es nur eine Gegenstimme gegen den Wettbewerbssieger "Querkraft" gegeben, erinnert sich Stadtrat Achhammer. Das Projekt jetzt nochmal zu ändern oder gar nichts zu machen, hält Stadtrat Achhammer für unsinnig. Er glaubt es gebe nur eine Entscheidung. Beschließe man die 50. Mio. Euro auszugeben, sei die einzige Konsequenz zukünftig bei Bauten auf freiwilliger Basis einzusparen. Stadtrat Achhammer verweist hierbei auf den Konsolidierungsrat. Weiter zweifelt auch Stadtrat Achhammer daran, dass die berechnete Risikosumme von 512.000 Euro ausreichend wird. Nach seinen langjährigen Bauerfahrungen im Stadtrat, habe man bei Umbaumaßnahmen immer einen unvorhergesehenen Zuschlag von 10 bis 15 Prozent gehabt. Er hofft, dass es nicht dazu komme, aber auch ihm wäre bei der Beschlussfassung wohler, wenn dort eine Summe von 2,5 Mio. Euro stehen würde.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf widerspricht Stadtrat Achhammer durch ein Zitat aus dem Donaukurier vom 26. Juli 2012: *"Das fatale ist - wir haben in den Ausschüssen nie inhaltlich über die Entwürfe diskutiert, damals 2012, ärgerte sich Manfred Dr. Schuhmann, gestern im Stadtrat. Nicht ein einziges Mal und fast noch ärgerlicher - wir haben aus der Presse erfahren, dass die CSU für den Wiener Entwurf ist. Wir wissen bis heute nicht, was das Ganze kosten wird. Diese Weichen zu stellen, bevor inhaltlich diskutiert wurde, davor kann ich nur warnen."* Weiter zitiert er einen Auszug von 2018, als die Kostensteigerung auf 32,6 Mio. Euro zur Diskussion stand: *"Die CSU-Fraktion entschied, diese Kostensteigerung nicht hinzunehmen, erklärte Fraktionschefin Frau Klein. Wir sind nicht bereit das zu akzeptieren. Dann Dr. Schuhmann darauf: jetzt da das Projekt schon so weit vorangeschritten ist, gibt es kein Zurück mehr – das wäre ja ein Schuldbürgerstreich. Die CSU und die Freien Wähler haben es selbst verbockt, jetzt müssen sie da auch durch."* Zuvor soll es nach Aussagen von Oberbürgermeister Dr. Scharpf bereits 2013 einen Antrag der SPD-Stadtratsfraktion gegeben haben, der geraten habe, auf eine Unterkellerung zu verzichten und auf den erstplatzierten Hamburger Entwurf umzuschwenken, da der Kostenrahmen absehbarer Weise nicht eingehalten werden könne.

Stadtrat De Lapuente pflichtet Oberbürgermeister Dr. Scharpf bei, was die Historie betreffe. Obwohl deren Wunsch-Modell damals nicht gesiegt habe, würde sich die SPD-Stadtratsfraktion nicht gegen dieses Projekt stellen. Er wünscht sich ein MKKD mit Mehrwert für Ingolstadt und plädiert deswegen für eine Fertigstellung.

Stadtrat Höbusch weist daraufhin, dass politische Diskussionen sowie Themen des Konsolidierungsrates und der Finanzen an geeigneter Stelle geführt werden sollten. Aktuell gehe man wieder stärker in die Neuverschuldung. Die Frage sei, ob man weiter in Ingolstadt investieren wolle oder nicht.

Herr Hoffmann ergänzt, die 512.000 Euro seien freibleibende Risiken. Es gebe andere Positionen, welche zum Teil schon eine Risikovorsorge beinhalteten. Insofern decke die Risikosumme übersichtsmäßig nicht alle Risiken ab. Insgesamt sei es nach Aussagen von Herrn Hoffmann durchaus mehr.

Die Beschlussvorlage V0456/21 wird zurück in die Fraktionen verwiesen.

- Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet -